

Volksblatt

Nummer 76

Freitag, den 16. März

Jahrgang 1928

Tagesfragen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß von dem neuen Reichswehrminister ein Umschwung in der Haltung der Demokraten gegenüber dem Reichswehrministerium ausgeht. Diese beiden Parteien der Linken, die sich bisher in meist ungehörter, leidenschaftlicher Kritik an Heer und Marine geäußert, zeigen sich jetzt von einer verständigen Seite, indem man heute sagen kann, daß Herr Groener einer wohlwollenden Reichstagsmehrheit gegenübersteht, die von dem seinem Vorgänger Dr. Gessler oft grimmigsten Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten reicht. Die „Kölnische Zeitung“ untersucht die Frage, worauf dieser plötzliche Stimmungswandel des Reichstags, dazu im Vorfeld der Wahlen, sich gründet. Das volksparteiliche Blatt weist darauf hin, daß zwar die berühmte Lohmann-Affäre noch aus der Presse ausgespart ist, daß es aber im Bereich der Heeresverwaltung außerdem noch Dinge genug gibt, die zur Erregung der parteipolitischen Gemüter Anlaß geben könnten. Aber von Regierung war bisher bei der Reichstagsdebatte, steht man von dem getriggerten Schwarmen, besser Gerüchte des Nationalsozialisten Strasser ab, nichts zu merken. Die „Kölnische Zeitung“ findet des Rätsels Lösung, indem sie an den Unterschied des Systems Herings, mit dem der vorige und der jetzige Chef des Reichswehrministeriums ihre Sache führen. Diesen Unterschied legt das Blatt, wie folgt, dar:

„Man verfeinert die wirklichen Verdienste des früheren Reichswehrministers, der er sich in schwieriger Arbeit um die Angelegenheiten der Reichswehr erworben hat, nicht, wenn man sagt, daß er als Vorgesetzter doch der eigentlichen inneren Führung der Reichswehr fremd geblieben ist. Dr. Gessler hat es stets für eine Pflicht des Ansehens gehalten, Verfehlungen der Reichswehr mit seiner Person vor dem Reichstag und dem Parlament zu decken in der Hoffnung, daß die Zeit und die Veränderung der Meinung dem Reichswehrministerium gute Früchte tragen würden. Er hat dabei die harten Einwirkungen übersehen, die von außen durch Trübsal und Familienbeziehungen sich vielfach notwendigem in der Überzeugung der Reichswehrminister ihren Widerstand finden mußten. Dem Reichstag Gessler gegenüber vertrat der neue Reichswehrminister Dr. Groener den Grundgedanken der Autorität von oben. Er ist durch seine militärische Vergangenheit nicht nur einer der ersten Autoritäten im Heereswesen, er hat nicht nur kurze Verweilungen im Kriegesbeweise, daß er eine kurze Verweilung ist, sondern er war auch einer der ersten, die sich nach dem Zusammenbruch, fester mit ihm zugehörten. Groener hat über den Sturz anderer alten, liebgewordenen Einrichtungen, seinem Vaterland, seiner neuen Verfassung und der Reichswehr mit ganzer Kraft zur Verfügung gestellt. Durch die Rede, die er im Reichstag vorstellte, geht übernehmend die Verfassung, daß er auch in seinem neuen Amt treu zur Verfassung und zu den realpolitischen Verhältnissen steht und seinen Gedanken mit aller Energie bei der Reichswehr Eingang zu verschaffen gewillt ist.“

Diese Bemerkungen haben unserer Ansicht nach treffend den Unterschied zwischen Gessler und Groener hervorgehoben. Die frische Art, mit der letzterer an die Dinge herangeht, hat etwas an sich, das ohne weiteres für ihn einnimmt. Sein Wesen ist zu einem gesunden und vernünftigen Pazifismus wird ihm sicher in manchen Kreisen der Wechten verleiht werden. Aber, sagt das vorgenannte Blatt, es ist nicht nur eine natürliche Folge unserer Entwicklung, sondern sollte stets das ethische Ziel eines jeden Militarismus sein, im Gegensatz zu dem machtpolitischen Imperialismus, der als leicht zum wesentlichen Produkt militärischen Denkens und Handelns wird. Auch die getriggerten Äußerungen Groeners, daß nicht wie früher Privilegien, sondern die Vorbildung für die Beförderung zum Offizier entscheidend sein müsse, daß er Wert lege auf eine einheitliche Auffassung der Offiziere, nicht auf ihrer Väter, Onkeln und Tanten, atmen den Geist, der, wenn er sich in Heer und Marine durchsetzt, sicher zu dem Erfolg führen wird, daß endlich Reichswehr und Reichsmarine aus dem parteipolitischen Streit verschwinden.

Der Westfälische und der Rheinische Bauernverein haben eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen. Der Vorstand des Westfälischen Bauernvereins macht darüber der Öffentlichkeit folgende Mitteilung:

„Nachdem die Landwirtschaftskammern als die geistlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft im Deutschen Landwirtschaftsrat ihre kraftvolle Spitze gefunden haben, nachdem auch der Zusammenschluß der großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände zu einer landwirtschaftlichen Einheitsorganisation bevorsteht, erscheint es uns umso mehr erforderlich, daß die wirtschafts- und landespolitischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft aus der bisherigen Zersplitterung herausgeführt werden. In gemeinsamer Erkenntnis dieser Notwendigkeit verbinden sich der Westfälische und der Rheinische Bauernverein zu einer Arbeitsgemeinschaft, um baldigst den organisierten Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Berufsorganisationen zu erreichen.“

Siehe nach soll die Arbeitsgemeinschaft der Anhang einer Vereinigung aller landwirtschaftlichen Berufsorganisationen sein. Der Wunsch nach diesem Zusammenschluß ist in der letzten Zeit von den verschiedensten Seiten in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden. Vielleicht ist es ein gutes Zeichen, daß der

Unterbrechung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Eine Folge der Verhaftung deutscher Ingenieure.

● Berlin, 15. März. Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung dahin entschieden, daß die schwebenden deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen so lange unterbrochen bleiben, bis die Angelegenheit der Verhaftung deutscher Ingenieure im Donezgebiet eine Regelung gefunden hat. Das Kabinett ist hierbei von der Erwägung ausgegangen, daß die Verhandlungen durch die ungelöste Donez-Affäre in eine Atmosphäre gebracht worden sind, die wenig Erfolg verspricht.

Moskau soll Aufklärung geben.

● Berlin, 15. März. Wie uns von ausländischer Seite mitgeteilt wird, ist aus Anlaß der Verhaftung deutscher Ingenieure und Techniker im Donezgebiet der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, die Sowjetregierung um sofortige und genaue Aufklärung darüber zu bitten, welche konkreten Beschuldigungen im einzelnen gegen die Verhafteten erhoben wurden, und welche Beweise für diese Beschuldigungen vorliegen. Zugleich wird in Moskau auf Grund der bestehenden Vertragsbestimmungen die Forderung gestellt werden, daß dem zuständigen deutschen Generalkonsul in Charkow gestattet wird, die verhafteten Reichsangehörigen zu besuchen.

Ferner hat der Reichsaussenminister den hiesigen Sowjetbotschafter auf die Erregung hingewiesen, die der Zwischenfall in der deutschen Öffentlichkeit, namentlich in den am Wirtschaftsverkehr mit Rußland beteiligten Kreisen hervorgerufen hat. Er hat dem Botschafter mitgeteilt, daß es infolge der durch den Zwischenfall geschaffenen Sachlage an einer der wesentlichsten Voraussetzungen für ein gezieltes Ergebnis der zur Zeit im Gange befindlichen Wirtschaftsbesprechungen fehle, und daß die Reichsregierung es deshalb für geboten halte, diese Besprechungen bis auf weiteres auszusetzen. Die Reichsregierung hoffe jedoch, daß durch schnelle Beilegung des Zwischenfalls eine Grundlage für die baldige Wiederaufnahme der Besprechungen geschaffen werde.

Eine schwierige Sachlage.

● Berlin, 15. März. In Berliner politischen Kreisen wird die Verlautbarung der Reichsregierung über die Bemühungen in der Angelegenheit der verhafteten deutschen Ingenieure und Techniker im Donezgebiet dahin beurteilt, daß sie in der Form durchaus freundlich und zurückhaltend ist. Diese Haltung hat ihren natürlichen Grund in unseren bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und in dem Bestreben,

die Lage der verhafteten Deutschen nicht noch mehr zu erschweren. Die Forderung, daß dem zuständigen deutschen Generalkonsul gestattet werde, die verhafteten Reichsangehörigen zu besuchen, stützt sich auf das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen, das für Deutschland die Rechtsgarantie vorsieht, die die Deutschen den Inländern gleichstellt. Die Schwierigkeiten, die diesen konkreten Beschuldigungen und Beweisen entgegenstehen, liegen in der Tatsache, daß es sich um ein ordentliches Gerichtsverfahren, also nicht um Maßnahmen der G. P. U., handelt, und daß bekanntlich bei ordentlichen Gerichtsverfahren Interventionen überall starken Hindernissen begegnen.

Nach dem russischen Recht ist es auch für Inländer an sich nicht zulässig, daß vor Abschluß der Anklage irgendwelche Verbindung mit verhafteten Angeklagten aufgenommen wird. Immerhin hofft man in Berliner politischen Kreisen, daß es den deutschen Bemühungen u. a. gelingen wird, sich zunächst wenigstens des persönlichen und körperlichen Wohls der Gefangenen anzunehmen. Der russische Botschafter Kreistinski konnte dem Reichsaussenminister in der heutigen Besprechung leider nur sagen, daß er über den Stand der Angelegenheit nicht genügend informiert sei. Nachdem übrigens der Vorstehende bereits abgereist ist, werden wahrscheinlich auch die übrigen Mitglieder der russischen Delegation Berlin verlassen.

Im Gefängnis zu Koston.

● Berlin, 15. März. Der Moskauer Berichtler des „B. Z.“ teilt seinem Blatt: Das von der Agentur Tag an das B. Z. gerichtete Telegramm, das die Fortsetzung des Verfahrens gegen die verhafteten deutschen Ingenieure antwortet, ist als Ausdruck des Regierungsstandpunktes anzusehen und weist die Tür vor der letzten noch vorhandenen Möglichkeit zu, die Angeklagten vor monatelanger Untersuchung zu setzen und die deutsch-russischen Beziehungen vor einer erneuten Belastungsprobe zu bewahren. Es wäre durchaus verständlich und ein Beweis für die Einstellung zu den hiesigen Verhältnissen, wenn etwa in Deutschland nicht mit voller Bestimmtheit auf die Erhebung der Anklage schon jetzt geschlossen würde. Die verhafteten Ingenieure befinden sich, wie nunmehr festgestellt wird, im Gefängnis in Koston am Don. Es wird berichtet, daß sie dort gut untergebracht sind.

Bereits 117 Ingenieure und Techniker entlassen.

● Koston, 15. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Donezgebiet bereits 117 Ingenieure und Techniker als unzuverlässig entlassen worden. Die mit der Untersuchung der Donez-Affäre betrauten Regierungskommissare haben nun und Schluß gemacht, daß heute abend zur Berichterstattung nach Moskau zurückbegeben. Die verhafteten Deutschen haben sie selbst nicht vernommen.

von Seite 98 die Rubrik „Weiteres“, und darunter steht unmittelbar im Anschluß an das alphabetische Verzeichnis sämtlicher Druckschriften von Schaumburg-Lippe also zu lesen:

Das Kluge Kind. Mutter: Was machst du da, Fritz? Warum siehst du Schube und Strimpfe aus? Fritz: Ich muß wissen, wieviel mal fünf ist, und weil die Finger nicht reichen, fahre ich mal an den Jehen weiter!

Wahrscheinlich. Nicht wahr, Hans, wenn wir verheiratet sind, werden wir doch mindestens zwei Dienstboten haben? — Zwei? Fünftal werden wir haben, nur nicht alle zu gleicher Zeit!

Das ist zweifellos original-schaumburg-lippischer Stammspruch. Ihn werden wir Preußen den Schaumburg-Lippern nicht so leicht nachmachen. Mit solchem Humor werden sie sich, wie man wohl annehmen darf, leicht über die Note des Tages, über die Unersättlichkeit der Finanzämter und andere Mißstände des Lebens hinwegsetzen. Und wenn einem Schaumburg-Lipper das Schicksal gar zu hart mißspielen sollte, dann nimmt er die Zukunft zu Seite 98 seines Staatshandbuchs, Jahrgang 1928, und heftet seine trübenden Gedanken an „Kluges Kind“ und an „Wahrscheinlich“ auf. Von Lippe-Schaumburg können die preußischen Staatslenker wahrhaftig noch lernen. Wie war's mit einem preußischen Staatshandbuch, dessen Schluß die neuesten Schläger bräutet? Etwa die Schwiegermutter, die man als süße Last behandeln soll oder: Sage du, sage du zu mir?

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

● Berlin, 15. März. Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichsminister Dr. Marx zum ersten Male seit seiner Erkrankung den Vorsitz führte. Reichsaussenminister Dr. Stresemann befragte den Verlauf und das Ergebnis der letzten Tagung des Völkerbundes in Genf, worauf der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Reichsminister i. A. Dr. Herms, über seine Tätigkeit dem Kabinett Bericht erstattete. Die Angelegenheit der Ver-

haftung deutscher Ingenieure bildete den Gegenstand einer eingehenden Aussprache.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

● Berlin, 15. März. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung dem deutschen Gesandten in Warschau, Erich Kaucher, neue Instruktionen und den Auftrag gegeben, die polnische Regierung um gewisse Aufklärungen über die bekannten Fragen zu bitten, in denen auf polnischer Seite noch Schwierigkeiten bestehen. Es handelt sich dabei offenbar um Einzelheiten, auf die die polnische Regierung genauere Zustimmungen geben soll. Wenn die Antworten befriedigend ausfallen, wird die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder nach Warschau reisen und die Verhandlungen werden dann ihren Fortgang nehmen.

Der Kampf um das Gefrierfleisch.

Von unserer Berliner Redaktion.

● Berlin, 15. März. (Drahtber.) Bei der Durchführung des Notprogramms ergeben sich nunmehr die bereits vor Wochen vorausgesagten Schwierigkeiten. In der Hauptsache kommt die Meinungsverschiedenheit bei der geplanten Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents zum Ausdruck. Niemand verkennt die schwere wirtschaftliche Lage, unter deren Last die Deutschen dauern müssen. Aber andererseits darf auch nicht übersehen werden, daß bereits Massen des deutschen Volkes nur billiges Gefrierfleisch kaufen können, weil sie das Geld für inländisches Fleisch nicht besitzen. An der Fleischsteuerung hat die produzierende Landwirtschaft keine Schuld. Wenn der Landwirtschaft und der zollungelassenen Bevölkerung geholfen werden soll, so muß unbedingt ein Mittelweg gefunden werden. Bei den Vorbereitungen zum Notprogramm war zum Ausdruck gebracht worden, daß man einem schrittweisen Abbau des zollfreien Gefrierfleischkontingents zustimmen könnte. Man war daher stark überrascht, als die Regierung von 120 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen in ihrem Notprogramm herabsank. Es versteht sich von selbst, daß die Vertreter der Arbeiterklasse nicht mit einer solchen Verringerung des zollfreien Kontingents zustimmen werden, weil sie unter „schrittweise“ etwas anderes verstehen, als es in der Regierungsvorlage vorgesehen ist. Allerdings Vorläufe tauschen auf, um aus dem Dilemma herauszukommen. So wird u. a. betont, ein Kontingent von 70 000 Tonnen sei für die breite Masse tragbar und auch die Landwirtschaft könne sich damit abfinden. Andererseits wird auf die unerfreuliche Tatsache der Kontingentierung hingewiesen und gefordert, daß man den Kontingent ganz abschaffen, dafür aber den Zollsatz bei der Einfuhr des Gefrierfleisches ermäßigen. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht gefunden. Sollte es aber bei dem zollfreien Kontingent von 50 000 Tonnen, wie es von der Regierung vorgeschlagen wird, verbleiben, so muß unbedingt verlangt werden, daß praktische Wege beschritten werden zur Versorgung der armen Bevölkerung mit billigem Fleisch. Reichs Ernährungsminister Schiele scheint in dieser Hinsicht bisher nicht die nötige Energie aufgebracht zu haben. Auf dem Wege über die Großverkaufsgesellschaften hätte schon manches zur Verbilligung des inländischen Fleisches getan werden können. Was bisher veräußert wurde, muß mindestens zum gleichen Zeitpunkt nachgeholt werden, wo das zollfreie Gefrierfleischkontingent herabgesetzt wird.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages, auf dessen Tagesordnung die Gefrierfleischfrage stand, vertagte sich auf Antrag des Zentrums und der Demokraten, die erst noch die endgültige Stellungnahme ihrer Fraktionen herbeiführen wollten, auf Freitag.

Auf die Gefrierfleischfrage zielt offenbar folgende Äußerung der deutschen nationalen Pressestelle ab: Von verschiedenen Parteien wird neuerdings der Versuch gemacht, das Notprogramm durch Abänderungsanträge zu belasten. Wir können keinen Zweifel darüber lassen, daß der Versuch, den mühsam gewonnenen Ausgleich durch einseitige Zurücksetzung der landwirtschaftlichen Mindestforderungen zu stören, einer klaren und eindeutigen Ablehnung des Gesamtprogramms gleichzusetzen ist. Die deutsche nationale Volkspartei muß die volle Verantwortung für ein daraus entstehendes Scheitern der Regierungsvorläge demjenigen zuschreiben, welcher mit Abänderungsanträgen die Verabschiedung der Vorlagen stört.

Neben der Lösung des Gefrierfleischproblems haben sich noch andere schwere Sorgen eingestellt. Wie wir erfahren, haben nämlich zwischen den Parteien neue Verhandlungen stattgefunden, die sich mit der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten auch im Reich nach dem Beispiel Preußens beschäftigen. Es handelt sich hauptsächlich um Wünsche des Reichspostministeriums. Bei den seinerzeit geführten ersten Besprechungen hat bekanntlich das Zentrum gegen den Vorstoß eines solchen Personalergänzungsplans Einspruch erhoben. Nach unserer Information werden die neuerdings aufgetauchten Pläne auch an dem Widerstand des Zentrums scheitern.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages besaßte sich heute abend wiederum mehrere Stunden mit dem Problem der Einfuhr des zollfreien Gefrierfleisches. Wegen einer bedeutungsvollen Versammlung, die im Plenarsitzungsraum um 8 Uhr statt-

Linien
rale
Rauch
W.
nburg

1
inzipalmarkt)

Auswahl!
Qualitäten
n Preisen!

Kreuz
Lotterie
443 Gewinne v. Mk.
L. 33 Pfg. extra
d. gegen Vorz.
Dortmund 21.06
G. m. b. H.
Salzstraße 57

blung
für die Buchhaltung
gere

Off. Offerten unter
Adressen der Münster
Münster.

leiter

Werbung für ihre
sowie hohe Pro-
zente. Verlangen.
ormalsabdrücken u. Licht-
n. wollen Anzeigebote
Anlagenverwaltung
lichten. a1154

rkäuferin

Welche gute Kenntnis
tellung bei hoh. Gehalt.
anisationsabdrücken u. Licht-
unter A R 335 an die
er Seno, Münster i. W.

Sichere Existenz!

Obst- u. Südfrüchte-Ver-
trieb im Zentrum
der Stadt, hoher Umsatz.
sowie gegen bar zu ver-
kaufen. Off. erbet. und
A 163 an die Münster.
Morgenroth, Münster.

Runkeln

Interne Massage abwärts
erner Massagekurse
Erythra, Antidote,
Verfahren usw. (a1154)
B. Hombach, Münster
Februar 1927

Klavier-

Reparaturen

Stimmungen

erfolgreiche Arbeit, mög-
lichste Präzision, prakt.
Erfahrung, Annehmungen
erbitte an

Musikhaus
Fritz Niesenbeck,
Münster i. W.
Glasvolant

Aus eigen. Gewinnung
Rote Fische

erleibt a. bis 15 mm, ab
Berth. sowie a1142

Zinnsche
rompt u. bill. abt. Hest
Furt Strauß, Essen
Baderstraße 10.

vorbeiführt und um M
die abelrieckenden Abro
der Bestum, Köfers am
allgemein für berechill
zurückgestellt bis den

10